

Nebrner Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierteljährig eine landwirtschaftliche Beilage.

Amtesliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. N.

Nr. 97.

Nebra, Mittwoch, 4. Dezember 1912.

25. Jahrgang.

Friedensneigung auf dem Balkan.

Wenn man den Nachrichten aus Konstantinopel und Sofia glauben darf, machen die Friedensverhandlungen gute Fortschritte. Viel leicht hat durch das Verschwinden der Kabine von London, Paris und Petersburg beitragen, die der Türkei dringend zum Frieden geraten haben unter dem Hinweis, daß sie auch den Balkanländern geraten hätten, Frieden zu schließen, ohne auf übertriebene Forderungen zu bestehen, da die Türkei den Frieden nur unter Wahrung ihres militärischen Ansehens und der nationalen Interessen wolle.

Es stimmt denn auch glaubhaft, daß die beiderseitigen Delegierten an der Tischgespräche auf einer Grundlage verhandeln, die diesem Ziele des Friedensvertrages Rechnung trägt. Es wird nämlich über folgende Punkte verhandelt: 1) Abtretung soll der Türkei erhalten bleiben, dafür aber die Festungswerte entfallen lassen und 2) soll die Türkei an Balkan eine Kriegserklärung von einer halben Milliarde Bulgaren zahlen. — Man wird sich freilich auf beiden Seiten noch ein wenig sträuben, doch darf es über gehen, daß diese Bestimmungen die Grundlagen des Waffenstillstandes und der darauffolgenden Friedensverhandlungen bilden werden.

Ebenfalls mutet die Methode an, wie man in der nächsten Hauptstadt dem Volke die Notwendigkeit des Friedensschlusses beibringen wird. So weiß das Volk, daß die Balkanseite eines Friedens hin, der seine türkische Interessen zu verletzen, ermöglichen soll, mit den Balkanländern, besonders mit Bulgarien, in ausgiebigen Verhandlungen zu setzen. Der Vertrag von San Stefano muß wiederhergestellt werden, der bereits vor 20 Jahren an der Türkei unterzeichnet und später durch den Berliner Vertrag ersetzt worden ist. Der Berliner Vertrag sei die Ursache der Unruhen auf dem Balkan, während der Vertrag von San Stefano (der Albanen und Macedonien der Türkei bereits nahm) eine friedliche Lage geschaffen hätte. Es sei unmöglich für die Türkei, auf Abzweigung zu verzichten, selbst dann, wenn es von den Bulgaren eingenommen werden sollte. Die Türkei bedürfe einer natürlichen und vernünftigen Grenze. Wenn Bulgarien das anerkenne, sei der Friedensschluss leicht zu erreichen.

Wie sich hier annehmen die Balkanländer, so tritt auch langsam im Österreich-Ungarischen Konflikt eine Entspannung ein. Aus Serbien kommen verheißungsvolle Nachrichten, daß dort eine Grundentscheidung Platz zu greifen beginnt. Niemand wird dies freudig begrüßen als Österreich-Ungarn, das in seinem Entgegenkommen im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens noch weiter gehen will. Die Balkan-Monarchie stimmt deshalb der Veranlassung eines allgemeinen Friedens durch Serbien zu. Handelt es sich um, wenn Bulgarien geboten werden, daß Serbien in Albanien seine Gebietsansprüche erhebt. Werden solche Gebiete abgetrennt, dann könnte der schwierigste Punkt rasch gelöst werden, und einer Konferenz Hände nichts mehr im Wege. Ausland heißt von diesem Standpunkt Österreichs Kenntnis und man hofft in Wien, wie in Berlin, daß das Zerrenn im Interesse einer derartigen Lösung in Belgien einwirkt werden. Ungeachtet daß also die Friedenszuversicht die Oberhand.

Vom Kriegsschauplatz. Waffenstillstand.

Die Zuversicht, daß auf dem Balkan nach den künftigen Tagen der Friede bald wieder eintreten wird, findet ihre feste Stütze in dem jetzt zwischen den Verbündeten und der Türkei abgeschlossenen Waffenstillstand. Die Bedingungen der Waffenruhe lauten folgendermaßen:

- 1) Der Waffenstillstand wird für vierzehn Tage geschlossen.
- 2) Die türkische und die bulgarische Armeen verbleiben in ihren gegenwärtigen Stellungen, ebenso die Truppen der anderen Verbündeten;
- 3) keine der beiden Parteien darf in den Besetzungsbereichen fortarbeiten oder Truppen- und Munitionstransporte vornehmen;
- 4) die belagerten Städte, Varna, Philippopolis und Eski Sarai werden während der 14 Tage in der Weise mit Lebensmitteln versorgt, daß die Zufuhr der nötigen Lebensmittel von Tag zu Tag erfolgt.

Besonders der letzte Punkt läßt erkennen, daß man mit einer Wiederaufnahme der Feindschaften nicht mehr rechnen. Allen Anzeichen nach sind die Bedingungen nicht nur die Grundlage des Waffenstillstandes, sondern auch die der Friedensverhandlungen, die unverzüglich beginnen, werden.

Zwei türkische Landwehr-Divisionen gefangen.

Während an der Tischgespräche die Friedensneigung an der Handlung in den bulgarischen Truppen im Eiden Thrazien ein neuer bedeutender Erfolg über die Türken beschreiben werden. Zwei türkische Landwehr-Divisionen unter Offiziersbefehl, die zum Schutz der Darbanelen bestimmt waren, sind auf der Straße von Dobrich nach Adolphi von bulgarischer Kavallerie und Landwehrtruppen umzingelt worden. Der Verlust für die Bulgaren hienichtlich die Erstbeutung von 1000 Pferden.

Die Belagerung Eski Sarais.

Bei Eski Sarai, das sich noch immer heldhaft verteidigt, sind jetzt 38 000 Mann montenegriner Truppen versammelt. König Nikola hat selbst das Oberkommando übernommen und nach mehrwöchigen Kämpfen wurde ein heftiges Geschützfeuer gegen die Stellungen der türkischen Truppen auf dem Taraboch und auf die Vorwerke von Eski Sarai eröffnet, das aber erfolglos blieb. Wie die Bulgaren vor Adrianopol, so haben auch die Montenegriner den Weg, Eski Sarai im Sturm zu nehmen, endgültig aufgegeben.

Die Vereinigung von Samos mit Griechenland erklärt.

Nach der Union Samos ist die Vereinigung mit Griechenland förmlich erklärt worden. Dem vom Sultan eingeleiteten Fiskus wurde von der Nationalversammlung bezeugt, daß er das Statutverhältnis zu verfallen habe, das die Unterwerfung für sich beansprucht. Sie nahm das Palas aus sofort in Besitz. Die Beamten wurden im Namen des sultanischen Generals Eski Sarai verhaftet. Dieser wurde ein vorläufiger geschäftsführender Verwaltungsrat gewählt, dessen Vorsitz der lamiosche Patriot und langjähriger Ministerpräsident von Samos Sophoklis übernimmt.

Proklamation der Unabhängigkeit Albanien.

In Valona haben die albanischen Abgeordneten in einer Versammlung, in der Ismail Kemal-Bei den Vorsitz führte, die Unabhängigkeit Albanien erklärt. Unter dem Jubel der Versammlung, die von türkischen und dem österreichischen Konsulat begleitete Kundgebungen veranstaltete, wurde die albanische Flagge gehißt. Präsident Ismail Kemal-Bei hat an den italienischen Minister des Auswärtigen in San Giuliano folgende Depesche geschickt: „Die Nationalversammlung, die sich aus Abgeordneten aus allen Teilen Albanien ohne Unterschied des Alters zusammensetzt, hat in der Stadt Valona die Unabhängigkeit Albanien erklärt und eine vorläufige Regierung eingesetzt, die die Rechte des albanischen Volkes vertritt und den nationalen Boden verteidigt soll. Zudem ist das Vorstehende zur Kenntnis Eurer Excellenz bringe, bitte ich die Regierung Ihrer königlichen Majestät um die nötigen politischen Leben der albanischen Bevölkerung zu unterstützen.“

Aus dem ...

Der Reichstag behandelte heute die Angelegenheiten unter dem Titel (nat.-lib.) ob die Deutschen Reiches aus der preussische Kriegsmilitär vorzuziehen. Auf mehrere in den Verhandlungen nach nicht gestellt werden könne. Ab in Abrede, daß die Vereinigung der Parteien der Reichstag haben werden. Abg. Gieseler (sonst) behauptete, daß die Reichsbedingungsgeheimnisse die dem in den Reichstagsrat zu bringen werden, so daß die Regierung einseitig und daß deshalb der Reichstag nicht an der Entscheidung teilnehmen darf. Abg. Gieseler (sonst) behauptete, daß die Regierung einseitig und daß deshalb der Reichstag nicht an der Entscheidung teilnehmen darf.

Die Abnahme der deutschen Diamanten unter diesen Verhältnissen im allgemeinen Ansehen hat gelitten, kann nicht manchen nehmen, denn die besten Steine werden hauptsächlich in Europa verbraucht und gehen ihnen beträchtlichen Nutzen von der Festigkeit des amerikanischen Marktes. Anzeichen der großen Geschäfte auf dem amerikanischen Diamantenmarkt hat die amerikanische Diamantenindustrie unter der Hand verkauft. Man berichtet, daß auf diese Weise ungefähr die Hälfte des 60 000 Karat betragenden November-Ertrages der südamerikanischen Steine zu den üblichen Preisen (34 bis 36 M. pro Karat) verkauft worden ist.

Die deutschen Diamanten.

Die Kriegsergebnisse, so wird der „Selt. An.“ aus Amsterdam geschrieben, haben eine unvorhergesehene Wirkung auf den internationalen Diamantenmarkt ausgeübt. Die Türkei, sonst ein erheblicher Diamantenkäufer, hat ihre Einkäufe fast gänzlich eingestellt; die Schmeller in allen Hauptstädten Europas haben ihren Absatz, der gerade in dieser Jahreszeit sonst sehr stark ist, um die Hälfte vermindert. Dem einzigen Lichtblick in dieser trübseligen Zeit bildet die ungewöhnlich starke Nachfrage nach dem amerikanischen Markt.

Daß der Absatz der deutschen Diamanten unter diesen Verhältnissen im allgemeinen Ansehen hat gelitten, kann nicht manchen nehmen, denn die besten Steine werden hauptsächlich in Europa verbraucht und gehen ihnen beträchtlichen Nutzen von der Festigkeit des amerikanischen Marktes. Anzeichen der großen Geschäfte auf dem amerikanischen Diamantenmarkt hat die amerikanische Diamantenindustrie unter der Hand verkauft. Man berichtet, daß auf diese Weise ungefähr die Hälfte des 60 000 Karat betragenden November-Ertrages der südamerikanischen Steine zu den üblichen Preisen (34 bis 36 M. pro Karat) verkauft worden ist.

Die schlechte Geschäftslage wird in allen maßgebenden Kreisen als vorübergehend angesehen. Man erwartet nach der Wiederherstellung der Ruhe im Orient einen großen Geschäftsaufschwung, und deshalb denkt das deutsche Diamantenhandelt in Antwerpen nicht an eine Preisherabsetzung. Nach dem Friedensschluss wird sich das Geschäft in den deutschen Diamanten um 10 bis 20 Prozent erhöhen, als die Preisverhältnisse auf den südamerikanischen Diamantenmärkten sich erheblich bessern. Die Förderung hierfür besteht die Nachfrage um etwa 20 Prozent. Schon sind alle Voraussetzungen für die Wiederbelebung des Marktes gegeben, wozu nur der Friedenszustand recht bald hergestellt wird.

Politische Rundschau.

Zentralblatt.

* Kaiser Wilhelm wird Anfang Januar Besuche an den Höfen von Karlsruhe, Stuttgart und München machen.

* Gegenüber den Vorarbeiten, daß der Bundesrat den Beschluß betr. Auslegung des Luftkriegsgesetzes, wozu verbotene Dienstleistungen jede preileistende oder sonstige rechtliche Tätigkeit anders gegenüber, sowie die Regelung von Unrechtsfällen, erst nach völligen Auseinandersetzungen gefaßt hat, wird nun aus unrichtiger Quelle mitgeteilt, daß es zu fernerhin behauptet worden sei, daß der Beschluß nahezu einstimmig gefaßt worden ist.

* Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung zwei Zusatzvorlagen verabschiedet, die sofort an den Reichstag gelangt sind. Es sind dies die Vorlagen über die Errichtung von Zingendgerichten und die Abänderung des Handelsgesetzes in Bezug auf die Aufstellungsbefugnisse in Anstellungsvereinen. * Wahrscheinlich wird geschrieben: „Durch die Presse ging vor kurzem die Nachricht, daß mittels eines „Luftkriegsgesetzes“ unsere Bekehrung durch 20 neue Juppel in Luftkreuzer verliert werden würde, wozu die Mittel nachgeholt werden sollten. Es ist ganz klar, daß wir weiterhin die wichtig gewordenen Waffe zu verwerfen haben und uns in dieser Vermehrung beileben werden. Aber ein „Luftkriegsgesetz“ gehört wohl in das Reich der Phantasie.“

* Die seit der Hauptwahl zum württembergischen Landtag unentschieden am Freitag erneuert bereit worden. Das Gesamtergebnis bedeutet ein Anwachsen der konservativen Seite, wodurch eine Mehrheit der Rechten, wenn auch nicht vollständig erreicht, so doch erheblich nahegerückt ist. Während die Rechte (Konservative und Zentrum) eine Gesamtzahl von 45 Mandaten erreichte, fallen der Linken insgesamt 47 Mandate zu.

* Marineminister Gieseler erklärte bei einem ihm von den Abgeordneten eines württembergischen Klubs in London gebotenen Empfang ein internationales Tage fest nicht ohne Sorge. Zwischen Österreich und Russland befinden ungeliebte Beziehungen des Interesses, die aber überall und guter Zusammenarbeit überwinden könnten. Die griechischen Nationen würden auf die beiden hochgeachteten thronierenden Monarchen direkt einwirken und hoffen,

